

Wer im Stadttheater spricht



Oskar Lafontaine.

Bilder zvg



Prof. Dr. Giorgio Behr.



Dr. Hugo Bänziger.



Prof. Dr. iur. Peter V. Kunz.



Susanne Wille, Moderatorin.

Was ist mit dem Geld los? Warum ist der Euro gegenüber dem Franken so schwach? Wie sicher ist er? Gibt es in der Finanzwelt denn überhaupt noch Sicherheit?

VON ULRICH SCHWEIZER

Führende Köpfe aus Politik, Wirtschaft, Bankwesen und Rechtswissenschaft nehmen Stellung zum Thema «Zeitbombe Finanzsystem?»:

Oskar Lafontaine war von 1998 bis 1999 Finanzminister der Bundesrepublik Deutschland und ist heute saarländischer Fraktionsvorsitzender der Partei «Die Linke». Im Verlaufe seines politischen Lebens war er Oberbürgermeister von Saarbrücken, Ministerpräsident des Saarlandes und Vorsitzender der SPD. 1999 legte er seine politischen Ämter aus Kritik am Regierungskurs von Bundeskanzler Schröder nieder, mit Verweis auf das «schlechte Mannschaftsspiel» im Kabinett. Als Beispiel für den fehlenden Teamgeist nannte er die Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik.

2005 trat Lafontaine aus der SPD aus und kurz darauf der neu gegründeten Partei «Arbeit und soziale Gerechtigkeit – die Wahlalternative» (WASG) bei. Für die vorgezogene Bundestagswahl ging die WASG ein Wahlbündnis mit der PDS ein, die sich in «Die Linkspartei.PDS» umbenannte. Bis 2009 teilte sich Lafontaine deren Fraktionsvorsitz im Deutschen Bundestag mit Gregor Gysi. Von 2007 bis 2010 war er neben

Lothar Bisky Vorsitzender der neu gebildeten Partei «Die Linke». Sein Rückzug von beiden politischen Ämtern erfolgte wegen einer Krebserkrankung.

Seit 2009 führt er die Fraktion der Linken im saarländischen Landtag, seit 2010 ist er zudem Vorsitzender der Internationalen Kommission der Partei «Die Linke». Für Oskar Lafontaine ist folgender Gedanke des Schriftstellers und Staatstheoretikers Jean-Jacques Rousseau (1712–1778) zeitlos gültig: «Zwischen dem Starken und dem Schwachen unterdrückt die Freiheit, während das Gesetz befreit.»

«Und deshalb kämpft er für Regulierung im Gegensatz zu Merkel, Steinmeier und Co., die für Deregulierung eintreten. Denn Deregulierung bedeutet die Freiheit des Stärkeren, die Schwächeren zu unterdrücken», heisst es auf seiner Homepage.

Giorgio Behr ist Gründer, CEO und Verwaltungsratspräsident der Behr Bircher Cellpack BBC sowie Präsident des Schweizer Handballclubs Kadetten Schaffhausen. Zwischen 1990 und 2005 war er zudem Professor für Betriebswirtschaftslehre an der Universität St. Gallen. Seit seinem Rücktritt 2005 ist er dort Honorarprofessor und Präsident des Instituts für Rechnungslegung, Controlling und Wirtschaftsprüfung (ACA). Darüber hinaus amtiert er in zahlreichen Unternehmen als Verwaltungsratsmitglied oder Verwaltungsratspräsident.

Seine berufliche Laufbahn begann Behr 1972 beim Wirtschaftsprüfungunternehmen Fides, wo er sich auf Sanierungen und Restrukturierungen von Unternehmen spezialisierte. 1984 gründete er ein eigenes Beratungs-

unternehmen, die BDS Consulting, und machte sich damit selbständig. Parallel zu seiner beruflichen Laufbahn startete Behr 1989 eine akademische Laufbahn und wurde an der Universität St. Gallen zunächst Lehrbeauftragter und ab 1990 Professor für Betriebswirtschaftslehre mit Rechnungslegung als Spezialgebiet.

1991 wurde Behr vom Sanierer zum Unternehmer. Er hatte den Auftrag, den in Beringen ansässigen Apparatebauer Bircher zu sanieren. Als sich kein Käufer finden liess, übernahm Behr zusammen mit Anton Bucher-Bechtler und dem Management das vom Konkurs bedrohte Unternehmen.

Nachdem Behr 2001 eine Mehrheitsbeteiligung an der 1935 gegründeten und in Villmergen ansässigen Cellpack-Gruppe übernommen hatte, gliederte er 2003 die Bircher-Gruppe zusammen mit der Cellpack-Gruppe in den neu gebildeten Konzern Behr Bircher Cellpack BBC ein. Darüber hinaus wirkte er als Verwaltungsrat und Verwaltungsratspräsident der Saurer-Gruppe (1994 bis 2006) und als Verwaltungsrat der Liechtensteiner Hilti-Gruppe (seit 1991). 2008 wurde er zum Vorsitzenden des Aufsichtsrates des deutschen Automobilzuliefererkonzerns ZF Friedrichshafen berufen.

2008 machte Behr insbesondere durch Übernahmeveruche von börsenkotierten Unternehmen auf sich aufmerksam und stiess dabei zum Teil auf heftige Ablehnung seitens der entsprechenden Unternehmen. Während ihm die Übernahme der Groupe Baumgartner Holding gelang, scheiterte sein Übernahmeveruche bei Sia Abrasives. Zudem erwarb Behr im November 2008

Wirtschaftsimpulse Was, wann, wer und wo

Freitag, 14. September 2012
Stadttheater Schaffhausen,
Herrenacker

Türöffnung 13.00 Uhr
Begrüssung 13.30 Uhr
Regierungsrat **Ernst Landolt**,
Einführung **Thomas Holenstein**,
Delegierter für Wirtschaftsförderung.

Einzelreferate 14.00 Uhr
Oskar Lafontaine, ehemaliger
deutscher Bundesfinanzminister.

Prof. Dr. Giorgio Behr, Gründer und
CEO der BBC-Gruppe, Honorar-
professor der Universität St. Gallen.

Dr. Hugo Bänziger, ehemaliger Chief
Risk Officer und Vorstandsmitglied
der Deutschen Bank.

Prof. Dr. iur. Peter V. Kunz, Rechts-
anwalt, ordentlicher Professor für
Wirtschaftsrecht und Rechtsvergleichung,
Universität Bern.

Pause 15.30 Uhr

über seine BDS Beteiligungsgesellschaft AG eine Beteiligung von insgesamt 6,36 Prozent am Schweizer Industriekonzern Georg Fischer und wurde damit grösster Einzelaktionär des Unternehmens.

Giorgio Behr ist Mitgründer der gemeinnützigen Stiftung Museumsbahn Stein am Rhein/Etzwilen-Singen. Am 28. Mai 2011 fuhr erstmals seit 1969 wieder ein Personenzug über die Grenze nach Deutschland.

Hugo Bänziger ist Schweizer Ökonom und Bankmanager. Von 2006 bis 2012 bekleidete er im Vorstand der Deutschen Bank das Amt des Chief Risk Officers und war Mitglied des Group Executive Committee. Per Ende Mai 2012 schied Bänziger aus dem Vorstand der Deutschen Bank aus.

Bänziger studierte Neuere Geschichte, Verfassungsrecht und Volkswirtschaft an der Universität Bern und promovierte dort anschliessend in Wirtschaftsgeschichte. Nach seinem Studium begann er 1983 seine Laufbahn bei der Eidgenössischen Bankenkommision. Von 1985 bis 1996 war er bei der Credit Suisse in Zürich und London im Bereich Retail Banking, dann als Relationship Manager im Bereich Corporate Finance tätig.

1996 wechselte er zur Deutschen Bank. Am 4. Mai 2006 wurde er als Chief Risk Officer in den Vorstand der Deutsche Bank AG berufen. Zu seinem Verantwortungsbereich zählten das Management von Kredit-, Marktpreis- und operationellen Risiken sowie die Bereiche Corporate Security & Business Continuity und Treasury. Ab Mai 2007 war er zudem verantwortlich für die Bereiche Recht und Compliance.

Hugo Bänziger ist Vorsitzender des Aufsichtsrates der DWS Investment GmbH, Mitglied des Aufsichtsrats der Eurex Clearing AG, der Eurex Frankfurt AG und Mitglied des Verwaltungsrats der Eurex Zürich AG.

Podiumsdiskussion 16.00 Uhr
Alle Referenten nehmen an der Diskussion unter der Leitung der Moderatorin **Susanne Wille** teil.

Apéro ab 17.30 Uhr
Die Teilnehmenden sind zum Apéro im Foyer des Stadttheaters eingeladen.

Tagungskosten 1–5 Tickets: 240 Franken, ab 6 Tickets 180 Franken, exkl. MwSt.
Die Mitglieder von IVS, KGV, IHK, und Pro City erhalten auf alle Tickets einen Rabatt von 25 Prozent. Rabatte sind nicht kumulierbar.

Einige wenige Tickets sind noch direkt bei der Wirtschaftsförderung erhältlich:

Petra Roost
Haus der Wirtschaft
Herrenacker 15
CH-8200 Schaffhausen
petra.roost@generis.ch
www.wirtschaftsimpulse.ch
052 674 036 03

Peter V. Kunz studierte von 1984 bis 1991 Rechtswissenschaft an der Universität Bern. Parallel zum Studium arbeitete er als Journalist beim «Vaterland» und bei den «Solothurner Nachrichten».

1991 erlangte er das Fürsprecherpatent des Kantons Bern, zwei Jahre später promovierte er mit der Dissertation «Rechtsnatur und Einredenordnung der aktienrechtlichen Verantwortlichkeitsklage». 1995/96 absolvierte er ein Studium am Georgetown University Law Center in Washington, D. C., das er mit dem LL.M. abschloss. 2001 wurde er mit einer Schrift zum Thema «Minderheitenschutz im schweizerischen Aktienrecht» an der Universität Bern habilitiert und mit der Venia docendi für Privatrecht und Wirtschaftsrecht ausgestattet. Seit 2005 ist er ordentlicher Professor für Wirtschaftsrecht sowie für Rechtsvergleichung der Universität Bern.

Kunz gehört der FDP an. Er war von 1989 bis 1997 Gemeinderat von Dulliken und von 1993 bis 1997 Solothurner Kantonsrat.

Susanne Wille ist seit Januar 2001 Journalistin beim Schweizer Fernsehen und wurde vor allem als Moderatorin des Nachrichtenmagazins «10vor10» bekannt, das sie von Anfang 2001 bis Ende Juni 2011 moderierte.

Susanne Wille studierte Journalistik, Geschichte und Anglistik an den Universitäten Freiburg, Zürich und Edinburgh. Im Herbst 2001 schloss sie ihr Studium in Zürich ab. Daneben arbeitete sie als Flugbegleiterin bei der Swissair, bevor sie 1999 Videojournalistin beim Aargauer Regional-TV-Sender Tele M1 wurde. Sie ist mit dem «Tagesschau»-Moderator Franz Fischlin verheiratet; zusammen haben sie zwei Söhne und eine Tochter.

2005 wurde Wille mit dem Badeg-Medienpreis für das SF-Spezial «Alles unter Kontrolle?» ausgezeichnet.



«Inhalt. Kompetenz. Dialog.» – Motto und Magnet der Wirtschaftsimpulse Schaffhausen im Stadttheater.

Bild Ulrich Schweizer

Zeitbombe tickt auch in Schaffhausen

Finanzkrise, Wirtschaftskrise und Schuldenkrise: Das Finanzsystem steht in der Kritik, und der Euro ist massiv unter Druck. In den letzten Jahren blieb kaum ein Stein auf dem anderen. Auch in Schaffhausen sind die Auswirkungen spürbar.

VON ERNST LANDOLT

Kaum eine Woche vergeht ohne neue negative Schlagzeile aus dem EU-Raum. Waren noch vor wenigen Monaten nur Griechenland, Portugal und Irland von der Schuldenkrise betroffen, sind nun weitere Länder wie Spanien und Italien – und seit Ende August auch noch Slowenien – zum Kreis der Länder hinzugekommen, die Unterstützung benötigen. Seit Beginn der Subprime-Krise 2007 jagt eine Hiobsbotschaft die nächste. Waren es zuerst die Banken, die staatliche Unterstützung benötigten, wurde bald darauf auch die Realwirtschaft in die Krise hineingezogen. 2010 folgte dann eine Schuldenkrise von zahlreichen europäischen Ländern, die die Gemeinschaftswährung Euro in ihren Strudel hineinzog. Diese fordert auch die Schweiz. Die Nationalbank verteidigt seit einem Jahr erfolgreich den Mindestkurs – sie verschafft der Wirtschaft etwas Luft und Planungssicherheit. Der Bund unterstützt mit Milliardenkrediten den internationalen Währungsfonds und damit die EU-Staaten. Die Schweiz setzt damit ein Zeichen der Solidarität, aber mehr kann sie nicht tun.

Erfreulich ist, dass die Schweizer Wirtschaft bis jetzt gut dasteht. Das KMU-Barometer von Ernst & Young zeigt, dass die Geschäftslage der KMU für 2012 nur leicht getrübt ist. Das zeigt, dass die Schweiz noch fit ist. Auch die

Schaffhauser Unternehmen haben in den letzten Jahren viel investiert, den Strukturwandel mitgemacht und stellen sich nun den Herausforderungen. Die nicht exportorientierten Schaffhauser Betriebe sind nur indirekt von den Auswirkungen des starken Schweizer Frankens betroffen – so die Umfrage der Industrie- & Wirtschafts-Vereinigung Schaffhausen und des Kantonalen Gewerbeverbandes aus diesem Jahr. Die exportorientierten Schaffhauser Unternehmen kämpfen dafür umso mehr mit dem hohen Frankenkurs und versuchen sich mit der neuen Situation zu arrangieren. Wie sich die Wirtschaft in der Schweiz und in Schaffhausen entwickelt, hängt davon ab, wie es in Deutschland und im Rest der EU weitergeht. Kommt es zu einer Abkühlung der Konjunktur – und die Anzeichen dafür häufen sich –, werden die Auswirkungen auch bei uns zu spüren sein. Denn Deutschland ist der wichtigste Exportmarkt für die Schweiz und natürlich auch für Schaffhausen – und augenblicklich der einzige Wachstumstreiber im Euroraum.

Folgen für Gesellschaft und Politik

In den letzten Jahren hat es immer wieder neue Krisen gegeben, die Politik und Wirtschaft herausforderten. Unternehmen müssen oft im Alleingang handeln und mit Innovationen und Restrukturierungen Krisen meistern. Die Politik hingegen geht solche Herausforderungen aus einer gesamtwirtschaftlichen und vor allem gesamtgesellschaftlichen Perspektive an. Exekutiven aller politischen Ebenen müssen Rahmenbedingungen schaffen, die den Interessen von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechen. Sonst drohen insbesondere den unter Druck stehenden europäischen Ländern neben den wirtschaftlichen Problemen auch noch soziale Spannungen, Streiks, Arbeitsmigration oder weitere Verwerfungen.

Schaffhausen will fit bleiben

Gerade in der Krise ist es für uns in der Schweiz und in Schaffhausen wich-

tig, dass wir im internationalen Standortwettbewerb top sind. Denn so sind wir nicht nur attraktiv für internationale Dienstleister, sondern auch für einheimische Unternehmen. Einen Spitzen-

platz belegen wir nur, wenn wir die hervorragenden Rahmenbedingungen der Schweiz erhalten und weiterbringen. Das heisst, wir müssen unser Steuerebene tief halten, die bürokratischen

Hürden minimieren und den Arbeitsmarkt flexibel halten, damit Unternehmen auch in schwierigen Zeiten neue Arbeitskräfte einstellen und vor allem jungen, motivierten Leuten eine Chance bieten. Für uns Schaffhauser bedeuten attraktive Rahmenbedingungen auch, dass wir in unseren Standort investieren müssen, gerade auch in Krisen. Jetzt – im unsicheren Umfeld – müssen Politik und Wirtschaft innovative Ideen realisieren. Beispielsweise mit der Ausbildung von Fachkräften, der Regio-S-Bahn, einer Kongressinfrastruktur für die Region, der Lancierung von Energie-Leuchtturmprojekten, aber auch mit verdichtetem Bauen oder einer Cluster-Initiative.

Unsicherheit prägt

Eine Herausforderung in der aktuellen Situation ist die Unsicherheit, die uns in den letzten Jahren begleitet hat und die unsere Entscheidungen noch weiter prägen wird. Wir wissen nicht, wo wir stehen: am Anfang, in der Mitte oder am Ende der Krise. Während wir noch nicht einmal abschätzen können, wie stark der Kanton Schaffhausen von der Finanz- und Wirtschaftskrise betroffen ist, braut sich am Horizont bereits das nächste Gewitter zusammen. Vielleicht sind es soziale Spannungen in den Schuldnerländern, der Austritt von Griechenland aus der Eurozone, oder eine Derivatblase, die das Politik- und Wirtschaftssystem ein weiteres Mal aus dem Gleichgewicht bringen.

Ziel der Schaffhauser Regierung ist es, sowohl Unternehmen als auch Einwohnerinnen und Einwohnern ein attraktives Umfeld zu bieten. Aber es ist unausweichlich, dass auch wir uns in Krisenzeiten in unseren Ansprüchen einschränken müssen. Die Schaffhauser Regierung tut dies mit dem Entlastungsprogramm ESH3. Das Gebot der Stunde heisst: massvolles Sparen und Investitionen in die Zukunft unter einen Hut bringen.

Ernst Landolt ist Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes des Kantons Schaffhausen.



«Wir haben für unser Plakat die Anmutung der geltenden europäischen Banknoten in Farbe und Grafik aufgenommen. Die Idee war, dass man im Vorbeigehen eine Note zupfen konnte. Wir kamen kaum nach mit Auffüllen», erzählt Sascha Fijan von BBF.

Drei Fragen an zwei der Referenten

Aktueller kann das Thema der Schaffhauser Wirtschaftsimpulse nicht sein: Kaum ein Tag ohne Schlagzeilen zum Finanzsystem oder zur Eurokrise. Der Unternehmer Giorgio Behr und der Wissenschaftler Peter V. Kunz geben einen ersten Einblick in das spannende Thema.

INTERVIEW PETRA ROOST

Immer mehr europäische Länder kommen wegen ihrer Schulden in Schieflage und setzen die EU zunehmend unter Druck. Wird der Euro in seiner heutigen Form in einem Jahr noch existieren?

Giorgio Behr: Im Euroraum wurden, wie sich nun zeigt, bei der Einführung verkündete Regeln schlicht nicht befolgt. Traditionell wirtschaftlich schwache Länder führten ihre Defizit- und Inflationspolitik weiter. Sie hofften wohl, trotz nun fehlender Abwertungsmöglichkeit irgendwie über die Runden zu kommen. Andere profitierten davon, dass das Zinsniveau zeitweise unter der Inflationsrate lag. Die Finanzierung von Immobilien kostete so real fast nichts, und die steigende Nachfrage erhöhte deren Wert rasch – die Spekulation wurde zum Volkssport, bis niemand mehr bereit war, die im Überfluss vorhandenen Immobilien zu immer höheren Preisen zu kaufen.

Viele Staaten sind längst in einem Mass verschuldet, das die Finanzierung der laufenden Ausgaben nicht mehr zulässt, die Begleichung künftiger Verpflichtungen – das Einlösen der vielen Versprechungen an die Wählerschaft – ohnehin nicht. Weil das Selbstverständnis der EU in den Augen vieler Exponenten in Brüssel ohne eigene Währung nicht mehr das Gleiche wäre, ist mit einem lang anhaltenden Kampf für den Erhalt der integralen Eurozone zu rechnen. Irgendwann wird aber «was passieren» müssen.

Peter V. Kunz: Ja, weil die gegenwärtige Führung innerhalb der EU (insbesondere Bundeskanzlerin Merkel) den Euro nicht scheitern lassen will; sollte sich die Krise aber in den nächsten drei Monaten weiter vertiefen, kann ein «Grexit» (also ein Ausscheiden von Griechenland) möglich werden. Mittelfristig bin ich ohnehin nicht sicher, ob der Euro wirklich «überleben» wird, weil der strukturelle Unterbau für eine Einheitswährung fehlt – ohne Fiskalunion der Euro-mitgliedsländer wird der Euro keine langfristige Zukunft haben können, und eine gemeinsame Einnahmepolitik (v. a. Steuerebene) oder eine abgesprochene Ausgabenpolitik scheinen unrealistisch. Mittelfristig – in zwei bis fünf Jahren – dürften deshalb nicht «Euro-fähige» Staaten wie Griechenland oder Portugal aus dem Euro wieder ausscheiden, sofern keine Fiskalunion geschaffen wurde.

Lässt sich die Aufwertung des Frankens bremsen?

Behr: Die Aufwertung einer Währung ist die Folge wirtschaftlicher Stärke.

Zudem spielt die Kaufkraft im Verhältnis zu anderen Währungen eine Rolle. Die Relation zwischen Währungen passt sich unter anderem den unterschiedlichen Inflationsraten und den Veränderungen des Lohnniveaus an. Schädlich sind Aufwertungen oder Abwertungen nur, wenn sie sprunghaft verlaufen, die aktuellen Kurse die Realität nicht mehr wenigstens annähernd widerspiegeln. Die Nationalbank hat mit ihrer Politik diese Kurs-überwertungen im Auge. Dagegen will niemand ernsthaft die – seit Jahrzehnten anhaltende – Aufwertung des Schweizer Frankens an sich bremsen, es geht nur darum, Verzerrungen mit ihren schädlichen Auswirkungen auf die gesamte Wirtschaft und unseren Staat zu verhindern.

Kunz: Die Aufwertung ist weniger eine Folge der Stärke der Schweiz als vielmehr der Schwäche der «Nicht-Schweiz». Sollte also «Europa» wieder wirtschaftlich Tritt fassen, was über kurz oder lang der Fall sein wird, wird sich die Aufwertung automatisch reduzieren. Als Liberaler bin ich generell zurückhaltend, ob Interventionen sinnvoll und überhaupt möglich sind. Die aktuelle Garantie der Schweizerischen Nationalbank für eine Franken-Euro-Relation bei 1.20 scheint aber gut zu funktionieren und sollte als Notfallmassnahme momentan noch aufrechterhalten bleiben, sicherlich aber nicht erhöht werden auf zum Beispiel Franken 1.30 – persönlich befürchte ich allerdings eine Inflationsgefahr, wenn die für Interventionen nötigen zusätzlichen Schweizer Franken nicht wieder aus dem Markt genommen werden.

Immobilienkrise, Bankenkrise, Wirtschaftskrise, Schuldenkrise – was kommt noch auf uns zu?

Behr: Immobilien sind – nebst Aktienmärkten und der allgemeinen Inflation – ein Ventil für die Korrektur von Übertreibungen in der Wirtschaft. Die Finanzierung solcher Anlagen endet nach dem Höhepunkt der «Euphorie» immer in einem Finanzdebakel. Zwei Faktoren werden meines Erachtens zusätzlich für Unruhe sorgen: Die Staaten haben in vielen Bereichen ihren Einwohnern zu viel versprochen. Die Kosten zur Einlösung der Versprechen steigen kontinuierlich, teilweise sogar leicht exponentiell an. Die Enteignung aller «bösen Reichen» und aller Unternehmer würde dieses Defizit nicht für lange Zeit decken. Nach diesem bei einigen Politikern populären Zwischenschritt müssten dann alle dran glauben. Abhilfe schafft nur ein Zurückschrauben der Ansprüche. Die Arbeitslosigkeit, vor allem für die Jungen, ist das zweite grosse Problem in Europa. Sie wird ohne radikales Umdenken nicht abnehmen. Einige Länder müssen ihr Ziel aufgeben, 60 bis 80 Prozent der jungen Leute durch die Hochschulen zu schleusen. Unsere Gesellschaft braucht auch Gewerbe und Handwerk, motivierte junge Leute, kein akademisches Proletariat. Vor allem aber muss die Unkündbarkeit von Arbeitsstellen überdacht werden. Unternehmen werden so lange zurückhaltend bei der Einstellung von jungen Leuten sein, als sie einmal angestellte Mitarbeitende nicht mehr unter vernünftigen Bedingungen im Krisenfall entlassen können. Nicht alle, die Risiken als Unternehmer auf sich nehmen, sind bereit, die Stellen

und das Einkommen der bereits bei ihnen tätigen Leute sowie die Existenz des gesamten Unternehmens zu gefährden. Ohne ein realistisches Arbeitsrecht – Schutz der Arbeitnehmer, aber nicht unter Gefährdung der Existenz der Unternehmen – werden zweistellige Arbeitslosenquoten und eine extrem hohe Jugendarbeitslosigkeit zum Normalfall. Die stets Fordernden sind gerne eingeladen, mal selber Arbeitsplätze anzubieten... mal schauen, wie lange sie das durchhalten.

Kunz: Die nächste Bankenkrise kommt bestimmt – und regulatorisch sind wir längst nicht so gut vorbereitet, wie das behauptet wird. Mittelfristig sehe ich eine weitere Krise, die unterschätzt wird, nämlich eine Bildungskrise. Der frühere Vorsprung von Schweizer Schülern gegenüber dem Ausland ist längst dahingefallen. Die Wertevorstellungen sind auf den Kopf gestellt: Es scheint, dass die Jungen heute primär Sänger oder Schauspieler oder Model oder Miss beziehungsweise Mister werden wollen; die «Casting-Generation» macht mir Angst. Unser duales Bildungssystem – also: Berufsbildung sowie akademische Ausbildung – hat sich bewährt, doch die akademische Laufbahn leidet immer mehr. Als Uniprofessor bin ich sicherlich nicht ganz objektiv, doch herausragende Akademiker (Ingenieure, IT-Experten, aber nicht zuletzt auch Juristen) sind überlebenswichtig für unser Land; deshalb wäre deren systematische «Benachteiligung» (etwa durch eine spätere Pensionierung) schlicht dumm! Es geht nicht um ein Entweder-oder, sondern um ein Sowohl-als-auch zwischen Berufsleuten und Akademikern.